

Kultur in der Region

Figurentheater im Weiler Kesselhaus, „Dornröschen“ im Theater Basel und die Hammond Night mit Hary de Ville im Burghof Seite 14

„Wir dürfen uns nicht überfordern“

Der Landkreis Lörrach braucht finanzielles Polster für sein Investitionsprogramm in Höhe von rund 80 Millionen Euro. Seite 38

Alles, was los ist

Ankündigungen, Service, aktuelle Themen für die Freizeit und Veranstaltungen in Kreis und Region auf den Seiten 40 und 41

Willkommen im globalen Dorf

Informationen aus der großen und kleinen Welt bietet BZ-Online. Mit Videos und Fotogalerien auch aus der Region. www.badische-zeitung.de

Wahlergebnis wird gegen 20 Uhr erwartet

Rund 164 000 Wahlberechtigte

LÖRRACH (alb). Rund 164 000 Wahlberechtigte können am Sonntag im Kreis Lörrach den 16. Landtag wählen. Sie verteilen sich auf die Wahlkreise, Lörrach, Waldshut und Breisgau, zu dem Kandern, Schliengen und Malsburg-Marzell gehören. Der Wahlkreis Lörrach, der 30 Kommunen zwischen Bad Bellingen und Todtnau umfasst, hat ziemlich genau 126 000 Wahlberechtigte. Die Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr geöffnet; jenseits dessen melden viele Kommunen eine hohe Nachfrage nach Briefwahl. Erste Ergebnisse werden angesichts des übersichtlichen Auszählverfahrens von 18.20 Uhr an erwartet.

Im aktuellen Landtag ist die Region gut repräsentiert; allein den Wahlkreis Lörrach vertreten drei Abgeordnete in Stuttgart, und zwar Ulrich Lusche (CDU), Josha Frey (Grüne) und Rainer Stickelberger; auch der Wahlkreis Breisgau stellt drei Abgeordnete, Waldshut zwei. Unter dem Strich ergibt das bis zu acht Abgeordnete, die als politische Lobby operieren können. Angesichts der letzten Prognosen ist aber völlig offen, ob sich die Konstellation wiederherstellen wird. Sicher gewählt sind in jedem Fall nur diejenigen, die das Direktmandat holen. Im Wahlkreis Lör-



rrach war das 2011 bei einer Wahlbeteiligung von 60,1 Prozent Ulrich Lusche mit fast 32 Prozent vor Josha Frey (28 Prozent) und Rainer Stickelberger (27,7).

Ein wichtiger Faktor dürfte nicht zuletzt die Wahlbeteiligung werden. Landrätin Dammann appelliert in einer Mitteilung, das Wahlrecht zu nutzen. „Viele politische Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkung auf das Leben. Sie bestimmen durch Ihre Wahl, welche Prioritäten gesetzt werden“, begründet sie. Zur Organisation der Wahl sind allein in den 205 Wahllokalen im Wahlkreis Lörrach rund 2000 Wahlhelfer und -helferinnen im Einsatz. Sie zählen auch die Stimmen in den Wahlbezirken aus und übermitteln das Ergebnis ins Landratsamt Lörrach. Dort werden die Gemeindergebnisse zusammengetragen. Eine Multimediapräsentation im großen Sitzungssaal informiert über die Ergebnisse im Wahlkreis und über das Landesergebnis. Mit dem vorläufigen Ergebnis im Wahlkreis rechnet das Landratsamt gegen 20 Uhr.

WAHLPARTYS

TREFFPUNKTE

- CDU:** Ab 17.30 Uhr, Brauhaus Lasser (Wallbrunnstraße 31), Lörrach.
- Grüne:** Ab 17.30 Uhr, SAK Altes Wasserkloster (Tumringer Straße 271), Lörrach mit Großleinwand und Musik.
- SPD:** Ab 18 Uhr, „Nellie Nashorn“ (Tumringer Straße 248), Lörrach
- FDP:** Ab 18 Uhr, „Kostbar“ (Industriestraße 2) in Lörrach-Haagen.



Beim Thema Frauenwahlrecht war die „älteste Demokratie der Welt“ spät dran.

FOTOS: ANNETTE MAHRO

Der lange Weg zur Urne

Erst vor 50 Jahre brachte eine Volksabstimmung den Frauen im Kanton Basel-Stadt das Wahlrecht

Von Annette Mahro

BASEL. Unfassbar aber wahr: 50 Jahre ist es erst her, dass die Frauen im Kanton Basel-Stadt das Wahlrecht erhielten. In der Deutschschweiz waren sie damit sogar Vorreiter. Den Namen „1966-2016: 50 Jahre Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt“ hat sich ein Verein gegeben, der diesen Anlass im Jubiläumsjahr gebührend würdigen will. 32 Basler Institutionen, darunter acht Museen, das Theater Basel, das Staatsarchiv, das Literaturhaus und viele mehr sind dem Aufruf gefolgt und beteiligen sich bis Ende Juni mit mehr als 60 Veranstaltungen.

Für die Gleichberechtigung stimmten am Ende die Männer. Dass die Baslerinnen endlich dasselbe Recht wie sie erhielten, verdanken sie einem Volksentscheid, der am 26. Juni 1966 mit 60 Prozent Ja-Stimmen relativ klar ausfiel. Ihm vorausgegangen waren seit 1920 allerdings schon vier abgelehnte Initiativen. Noch 1927 entschieden sich 70,8 Prozent der stimmberechtigten Schweizer für ein Nein. Landesweit bricht der Kanton Waadt 1959 als erster das Eis, während in Deutschland Frauen immerhin seit 1918 wählen dürfen. Bis die Schweiz auch auf Bundesebene nachzieht, wird es 1971.

„Wir haben es hier mit dem grundlegenden Paradox zu tun, dass die Schweiz, die sich gerne als älteste Demokratie feiert, die Hälfte des eigenen Volkes von den staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen hielt“, so Andrea Maihofer bei der Programmvorstellung zwischen historischen Plakaten aus der Sammlung der Basler Schule für Gestaltung. Die Leiterin des Zentrums für Gender Studies an der Universität Basel gehört dem dreiköpfigen Vorstand des Frauenstimmrechtsvereins an, in dem auch der Historiker und ehemalige Leiter des Basler Europainstituts Georg Kreis sitzt. Es sei wichtig, das Thema nicht im Sinne von „Männer gegen Frauen“ zu verstehen, ist Kreis überzeugt, der Diskriminierung und jede Art von Ungleichbehandlung auf einer Ebene wie mit dem über Jahrhunderte verweigeren Stimmrecht sieht.

Die Frauendiskriminierung hatte – nicht nur in der Schweiz – viele Wurzeln, die aber gerade hier sichtlich auch mit

Sprache zu tun hatten. „Die Sprache ist eben nicht egal“, daran erinnert Andrea Maihofer. „Die Männer haben immer wieder bekräftigt, dass in der Bundesverfassung ausdrücklich festgehalten sei, alle Schweizer sind gleich und es wurde explizit gesagt, dass Frauen damit eben nicht gemeint waren.“ Also wurde auf Bundesebene eine Verfassungsänderung nötig, die alles noch komplizierter machte, am Ende aber auch die Schweizerinnen nannte. In aggressiven Plakatkampagnen hatten vor allem die bürgerlichen Parteien die sich emanzipierenden Frauen zuvor als Schreckgespenster dargestellt, die Kinder und Haushalt vernachlässigten und den Untergang der traditionellen Familie beförderten.

Und heute? „Man könnte davon ausgehen, dass nach fünf Jahrzehnten Frauenstimmrecht keine Baustellen mehr offen stehen, aber weit gefehlt“, resümiert am Ende Sibylle von Heydebrandt. Die Juristin und Gründerin des Netzwerks „FrauenBasel.ch“ steht als Präsidentin auch dem Frauenstimmrechtsverein vor. Sie zählt ein ganzes Bündel von Problemfeldern auf, die bis heute bestehen, angefan-

gen bei der nach wie vor ungleichen Bezahlung, der daraus resultierenden Rentenproblematik und der vielzitierten gläsernen Decke, an die Frauen beim Aufstieg auf der Karriereleiter auch heute noch nicht allzu schnell stoßen. „Die Schweiz wird bis heute – nicht ganz zu unrecht – als Karrierewüste für Frauen bezeichnet“, so Heydebrandt.

Während die Karrierefeindlichkeit zwar hingenommen aber nirgends als speziell schweizerische Tugend verstanden wird, lagen die Dinge bis 1966 noch anders. „Die Differenz zum Ausland war sogar ein zusätzliches Argument, um schweizerische Eigenart zu manifestieren“, hat Georg Kreis herausgefunden. Es habe lange gebraucht, den Mentalitätswandel endlich herbeizuführen, für den, auch daran erinnert Kreis, sich vor allem die Linke starkgemacht habe. Dann aber sei etwas durchaus Geschichtstypisches passiert. Was vorher selbstverständlich war, dass nämlich Frauen nicht abstimmen durften, wurde durch eine neue Selbstverständlichkeit ersetzt. Wie bitte, die Frauen hätten kein Stimmrecht? Das muss aber schon sehr lange her sein.



S. von Heydebrandt



Georg Kreis



Andrea Maihofer

INFO

EINE PROGRAMMAUSWAHL

- „Suffragette“, Film-Matinee im Kult-Kino, anschließend Gespräch mit Georg Kreis, Andrea Maihofer und Nationalrätin Maya Graf, So 13. März 11 Uhr;
- „50 Jahre jung. Gleichstellung und gesellschaftlicher Wandel“, Theater Basel mit Elisabeth Kopp (Ex-Bundesrätin) und Anita Fetz (Ständerätin Basel), Mi 6. April 18 Uhr;

- „50 Jahre Frauenstimmrecht Basel-Stadt: Ja, und jetzt?“ Vortragsreihe der Volkshochschule beider Basel Mi 11./18./25. Mai und 1. Juni 18.30 Uhr;
 - „Endlich!“, wissenschaftliche Tagung in der alten Universität Basel, Fr/Sa 17./18. Juni 10.30-16.30 Uhr;
 - Jubiläumfest Markthalle Basel, Fr 24. Juni ab 18 Uhr,
- Info: www.frauenstimmrecht.ch

DREILAND

Landtags- und andere Wahlen Wählen und mitentscheiden

Von Daniel Gramespacher



In der Demokratie brauchen Sieger Mehrheiten, manchmal aber auch bloß Glück. Das war die-ser Tage in Mairsprach zu erleben. Das 1000-Seelen-Dorf im oberen Baselbiet hatte einen neuen Gemeinderat, die fünfköpfige Exekutive, zu wählen. Bei vier Sitzen war das kein Problem. Für den fünften erzielten zwei Bewerber jeweils 213 Stimmen. Was tun? Die Mairspracher wären, wie es sich für echte Demokraten geziemt, wären am liebsten nochmals an die Urne für eine Nachwahl, wurden aber zurückgepfiffen. Das kantonale Wahlgesetz sieht nämlich bei einem Patt einen Losentscheid vor. Der wäre übrigens auch nötig, sollten bei der Landtagswahl am Sonntag mehrere Kandidaten eines Wahlkreises im Kampf ums Direktmandat gleich viele Stimmen erzielen. Angesichts von deutlich mehr Wählern als in Mairsprach, ist aber extrem unwahrscheinlich, dass etwa Landrätin Marion Dammann als Lörracher Kreiswahlleiterin Glücksfee spielen muss. Eng könnte es aber werden im südwestlichsten Wahlkreis. Wer die Entscheidung nicht dem Zufall oder anderen überlassen möchte, der geht am Sonntag wählen – sofern er das nicht bereits brieflich getan hat.

► gramespacher@badische-zeitung.de

Fessenheim soll in den Kreistag

Antrag der Grünen

LÖRRACH (BZ). Die Grünen im Lörracher Kreistag haben am Freitag einen Antrag zum Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim an Landrätin Marion Dammann gerichtet, den der Kreistag noch in seiner Sitzung am 16. März behandeln möge. Hintergrund sind neue Erkenntnisse zu einem Zwischenfall in dem Akw im 2014. Ziel ist ein Protestschreiben an die Bundesumweltministerin, deren französische Kollegin und die Akw-Betreiberin EDF, in dem sich der Kreistag auf Grundlage seiner Resolution von 2011 „entschieden gegen die Weiterbetriebsung des seit Jahren krisenanfälligen Kernkraftwerks“ wendet und „eindringlich fordert“, die Stilllegung nicht nochmals weiter zu verschieben.

Die EDF haben in ihrer Antwort auf die Resolution des Kreistags zwar versichert, dass in Fessenheim beste Sicherheitsstandards gewährleistet seien. Dem stünden die neuesten Enthüllungen entgegen, wonach ein äußerst gravierender Störfall stattgefunden habe, der zu einer ernststen Gefahr für die Bevölkerung des Oberrheins hätte ausufern können. Zudem soll der Kreistag die Landrätin bitten, sich an den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS) zu wenden, um auch über dieses Gremium weiter auf eine sofortige Abschaltung des AKW Fessenheim hinzuwirken. Der TRAS, dem der Landkreis als Mitglied angehört, soll schließlich darauf drängen, alle Einzelheiten des Störfalls offenzulegen.